

Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 486

Einwohnerratssitzung vom Montag, 16. Dezember 2019, 19.00 Uhr
in der alten Dorfturnhalle

Anwesend	35/36/37/ 6/5	Personen des Einwohnerrates Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Sylvie Anderrüti (ab 19.50 Uhr), Kevin Beining (ab 20.20 Uhr), Tobias Henzen und Walter Keller Gemeinderat: Rolf Wehrli, Emanuel Trueb (bis 19.45 Uhr)	
Vorsitz	Stephan Ebert	
Protokoll	Joachim Maass	
Weibeldienst	Martin Suter	

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1.	Ersatzwahl für das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode: Walter Keller, FDP, anstelle von Christoph Socin	3209
2.	Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2020 – 2024 - Bericht der Rechnungsprüfungskommission zum AFP 2020 – 2024	3202
3.	Totalrevision des Reglement über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen (Mietzinsbeitragsreglement) – 2. Lesung	3179
4.	Beantwortung Postulat der FDP-Fraktion, Paul Dalcher, betreffend „Konzept für ein zielführendes Langsamverkehrswegnetz nach Pratteln Nord“ -Zwischenbericht	3132
5.	Beantwortung Motion Postulat der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Benedikt Schmidt, betreffend „Vogelschutz am Bau“	3148
6.	Beantwortung Postulat der FDP-Fraktion, Paul Dalcher, betreffend Initiierung einer öffentlichen Ideensammlung „Arco Verde“	3151
7.	Postulat der SVP-Fraktion, Simone Schaub, betreffend „Hundespielplatz auf dem Gottesacker“	3199
8.	Postulat der FDP-Fraktion, Andreas Seiler, betreffend „Steuerveranlagung durch Kanton oder Gemeinde?“	3200
9.	Postulat der FDP-Fraktion, Paul Dalcher, betreffend „Umgestaltung des Grossmattschulhausplatzes“	3203
10.	Postulat der SVP-Fraktion, Urs Schneider, betreffend „Mögliche Deponie-Standorte für Aushub und Inertstoffe“	3205
11.	Postulat der SP-Fraktion, Marcial Darnuzer, betreffend „Elterntaxi – die Situation ist am ausarten“	3206

12. Motion der SVP-Fraktion, Joseph Bachmann, betreffend „Aufteilung Jagdrevier Pratteln“ 3207
13. Fragestunde (nach der Pause)

Begrüssung

Stephan Ebert: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, sehr geehrte Herren Gemeinderäte, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, liebe Herren der Presse, liebe Gäste und liebes Publikum. Ich begrüsse sie zur 486. Einwohnerratssitzung und letzten in diesem Jahr. Weil es die letzte ist, wird sie musikalisch beginnen. Wir begrüssen die drei Sängerinnen Eylül, Moana und Sinziana der Kreismusikschule unter der Leitung von Heike Werner.

Nach Beendigung ihrer Liedervorführung geht an die Sängerinnen ein grosser Applaus; sie werden mit einem kleinen Präsent verabschiedet.

Präsenz

Es sind zurzeit 35 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist beschlussfähig. Das einfache Mehr beträgt 18, das 2/3-Mehr 24 Stimmen.

Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

Eine der wohl undankbarsten Aufgaben des Präsidenten ist es, einen Votanten zu unterbrechen, denn ein Parlament lebt von den Voten der Rätinnen und Räte. Dabei spielt nicht die Quantität der Wörter eine Rolle, sondern deren Qualität. Viel reden bedeutet nicht zwangsläufig, viel zu sagen. Kurz und prägnant, sachbezogen und aussagekräftige Äusserungen führen dazu, dass die Adressaten auch angesprochen werden und nicht nur besprochen. Ich bitte daher, wie es auch das Reglement vorschreibt, euch so kurz wie möglich und so lange wie nötig zu äussern. Ebenso ist es unerlässlich, sich themenbezogen zu äussern und beispielsweise beim Eintreten auch nur zum Eintreten zu reden. Kurz und prägnant wird seine Wirkung nicht verfehlen, besonders, dann, wenn wir wie heute, ein volles Programm haben und der Faktor Zeit unser Fortkommen bestimmt.

Nach der Einwohnerratssitzung um 21.30 Uhr erwartet uns ein kleines Essen, zu dem alle Anwesenden herzlich eingeladen sind. Evelyne und Ulrike, unsere geschätzten guten Geister im Büro, haben mit viel Fleiss und Liebe dazu beigetragen, diesem Abend einen würdigen Ausgang zu geben.

Mitteilungen des Gemeinderates

GR Roger Schneider informiert über den aktuellen Stand IT-Infrastruktur Primarstufe: Vor gut zweieinhalb Jahren stand ich hier und habe in den Rat hinein gefragt, wer ein Smartphone habe. Neben mir war es noch jemand und ich habe eines, damit ich bei den Geschäften des Gemeinderates dabei sein kann. Eigentlich ging es damals nicht um Smartphones, sondern um einen Kredit, eine Sondervorlage, der IT-Infrastruktur der Primarschule. Ich habe im Namen des Gemeinderates eine erfreuliche Mitteilung zu machen: Der Gemeinderat hat die Rechnung genehmigt und der Einwohnerrat hat seinerzeit einstimmig einen Kredit von CHF 494'000 bewilligt. In diesen zweieinhalb Jahren ist sehr viel gegangen. Das Projekt wurde vorbildlich umgesetzt zwischen Schulrat, Schulleitung in der Person von Regula Ineichen, der Firma Armacon in Pratteln, den Lehrpersonen und IT-Verantwortlichen der Schulen, der Abteilung Finanzen, die tatkräftig die Schulleitung unterstützt hat und auch die Gemeinde-IT. Allen Beteiligten herzlichen Dank und der Gemeinderat hat die Rechnung in der Höhe von CHF 431'715.40 genehmigt.

Dies ergibt eine Kreditunterschreitung von 12,6%. Wir haben nun eine wirklich zeitgemässe IT-Infrastruktur in den Schulen, der Primarschule und den Kindergärten, die für den Unterricht zielgerichtet eingesetzt werden kann. Ein grosses Lob an alle Beteiligten und es ist auch schön, wenn man ein IT-Projekt mit Kreditunterschreitung abschliessen kann, was auch nicht alltäglich ist. Herzlichen Dank noch einmal.

Neue parlamentarische Vorstösse

- Interpellation Nr. 3208 der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Benedikt Schmidt, betreffend „Umsetzung Legislaturziel 10.4“

Bereinigung Geschäftsverzeichnis

Es liegt eine Tischvorlage für die Ersatzwahl ins Wahlbüro vor. Das Büro beantragt, als erstes Traktandum Geschäft Nr. 3209 zu behandeln.

://: Der Rat stimmt diesem Antrag stillschweigend zu.

Josef Bachmann beantragt, das Traktandum 12, Nr. 3207 „Motion der SVP-Fraktion, betreffend „Aufteilung Jagdrevier Pratteln“ auf Traktandum 4 vorzuziehen. Zur Zeit läuft ein Gerichtsverfahren, es erfolgt eine Neuausschreibung der Jagd und wir wollen dieses Geschäft endlich beendet haben.

Der Rat beschliesst mit 15 Ja-Stimmen zu 14 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen:

://: Das Traktandum Nr. 12 wird auf Traktandum Nr. 4 vorgezogen

Es gibt keine weiteren Bemerkungen zum Geschäftsverzeichnis und daher wird nach dem bereinigten Geschäftsverzeichnis verfahren.

Beschlüsse

Geschäft Nr. 3209

Ersatzwahl für das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode: Walter Keller, FDP, anstelle von Christoph Socin

Aktenhinweis

- Steckbrief vom 11. Dezember 2019

Es gibt keine weiteren Wahlvorschläge und der Einwohnerrat wählt in stiller Wahl in das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode bis 30. Juni 2020:

://: Walter Keller, FDP

Geschäft Nr. 3202

Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2020 – 2024 - Bericht der Rechnungs- prüfungskommission zum AFP 2020 – 2024

Aktenhinweis

- Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2020 – 2024
- Bericht der RPK zum AFP 2020 – 2024 vom 21. November 2019

Auf dem Referentenplatz nehmen Claude Weisskopf (Präsident der RPK) und anstelle des erkrankten Philippe Doppler (Abteilungsleiter Finanzen), Beat Thommen (Gemeindevorwalter), Platz.

GR Christine Gogel: Mein Dank gilt jenen Personen, die in diesem Jahr geholfen haben, das Budget dorthin zu bringen, wie wir es heute Abend vorliegen haben. Ganz besonders danke ich Philippe Doppler und Sandra Meier für die zeitgerechte Erstellung. Wie sie gehört haben, ist Philippe Doppler erkrankt und dies haben wir erst heute Abend um 17.30 Uhr erfahren. Auskunft über die einzelnen Konti könnte auch Urs Künti geben, der sich jedoch heute Abend in seiner Eigenschaft als Einwohnerrat von Reinach mit dem Budget dieser Gemeinde beschäftigt. Darum ist verdankenswert einmal mehr Beat Thommen eingesprungen und wird Auskunft geben, wenn ihm dies möglich ist. Die Zielvorgabe eines ausgeglichenen Budgets war dieses Jahr mit den Mindereinnahmen der Juristischen Personen sehr schwer zu erreichen. Der Gemeinderat ist deshalb froh, dass er heute Abend quasi eine Punktlandung oder eine rote Null mit einem Aufwandüberschuss von CHF 612'300 präsentieren kann. Auf den Gesamthaushalt von CHF 80 Mio. beudet dies 0.76%. Noch mehr herauszuholen liegt nicht mehr drin. Wir gehen an die Substanz und der Spielraum an Einsparungen ist ausgereizt. Ich danke der RPK für ihren Bericht. In diesem Bericht sind alle wichtigen Parameter enthalten und darum gehe ich jetzt auf einige andere Details ein. Es gibt zwei Tischvorlagen, die ihr erst heute Abend erhalten habt, weil die Zeit ganz einfach nicht gereicht hat, diese noch zuzustellen. Tischvorlage 1 betrifft die Beschlussanträge des Gemeinderates auf den Seiten 68/69. Zu Punkt 2 wurde die Änderung erst am 27. November durch den Kanton kommuniziert; darum diese Kurzfristigkeit. Punkt 6 betrifft den Teuerungsausgleich, bei dem wir mit dem Kanton gleichziehen wollen. Der Landrat hat dies erst am letzten Donnerstag beschlossen. Als Folge davon soll der Teuerungsausgleich auch dem Gemeindepersonal gewährt werden. Punkt 7 nimmt die beiden Teuerungszuschläge auf und darum erhöht sich der Aufwand um rund CHF 150'000. Tischvorlage 2 betrifft das Aufgabenfeld 23 und auf Details hierzu werde ich später in der Lesung eingehen. Zur Synopse: Das euch zur Verfügung gestellte Arbeitspapier ist nicht Bestandteil des AFP. Es war die Idee der Verwaltung, dem Rat die Lesbarkeit zu erleichtern und inhaltliche Veränderungen so darzustellen, das man sieht, wo Änderungen vorliegen. Dies bedeutet einen riesigen Aufwand und eine grosse Fleissarbeit und wir können nicht im Voraus schon ganze Stellungnahmen hinterlegen. Es kann nicht sein, dass dieses freiwillig erstellte Papier jetzt Zündstoff für Diskussionen gibt, sonst stellen wir diesen Service frustriert wieder ein. Oder weihnachtlich verpackt gesagt: Wenn ihr von der Tante Anni Brunzli bekommt, reklamiert ihr auch nicht, ihr hättet gerne noch etwas mehr Zucker. Zum Vorgehen: Wenn euch Änderungen auffallen, die nicht nachvollziehbar sind oder zu denen Erklärungen möchtet, so ist es die Idee der kommenden Lesung, dass ihr an der entsprechenden Stelle nachfragt und die Diskussion dann stattfindet. Zum Abschluss einige allgemeine Worte zum Gemeindehaushalt: Idealerweise werden Investitionen mit Überschüssen aus der Erfolgsrechnung finanziert. So, wie sich das Budget heute präsentiert, ist dies leider nicht möglich. Aktuell verfügen wir noch über einen gute und solide Finanzbasis. Durch die hohe Investitionstätigkeit werden Liquidität und Eigenkapital weiter sinken und deshalb wird die Fremdverschuldung kurz- bis mittelfristig steigen. Wir wollen zu unserem werthaltigen Verwaltungs- und Finanzvermögen Sorge tragen. Aus diesem Grund müs-

sen die vorhandenen Mittel effizient und mit Bedacht eingesetzt werden. Der Gemeinderat bittet, auf das Budget einzutreten.

Claude Weisskopf (Präsident RPK): Ich danke GR Christine Gogel für die Erläuterungen, die sie schon im Voraus gemacht hat. Mein Dank gilt auch allen Personen der RPK, die bei diesem Bericht tatkräftig mitgewirkt haben und allen anderen beteiligten Personen. Wir haben uns mit allen Aspekten auseinandergesetzt und auch bei den Sparmassnahmen den Kopf zerbrochen und immer wieder nachgefragt, ob das hält, was jetzt im Budget steht. Uns wurde bestätigt, dass es hält. Das ist das Limit und die Zitrone ausgepresst. Wir haben vieles hinterfragt. Wie ihr im Bericht lesen konntet, lässt sich an vielen Orten nichts machen, weil die Parameter gesetzt sind und gar kein Spielraum vorhanden ist. Bei den Spezialfinanzierungen stehen wir gut da, was im Ganzen positiv zu bewerten ist. Wenn wir im Investitionsprogramm für die nächsten Jahre nachschauen, haben wir „eine recht grosse Kiste zu stemmen“. Darum ist wichtig, mit dem Geld haushälterisch und treuhänderisch umzugehen.

Eintreten

Andreas Seiler: Im Namen der FDP-Fraktion danke ich allen an der Erstellung des AFP beteiligten Personen. Mit den Ausführungen von GR Christine Gogel sind wir aber gar nicht zufrieden. Für uns ist dies keine rote Null, sondern es sind ganz klar rote Zahlen und wir haben vom Gemeinderat erwartet, dass er ein ausgeglicheneres Budget präsentiert. Uns ist klar, dass es viele gebundene Ausgaben gibt, die nicht beeinflussbar sind. Es gibt aber auch einige, die zu beeinflussen sind. Wir sind trotzdem für Eintreten und Beratung und werden bei der Beratung Anträge stellen, um das Finanzergebnis zu verbessern.

Mauro Pavan: Ich danke im Namen der SP-Fraktion der RPK, der Verwaltung und nicht zuletzt auch unserer Finanzchefin GR Christine Gogel für den vorliegenden AFP. Selbstverständlich sind wir auch für Eintreten und Direktberatung und werden den Änderungsanträgen des Gemeinderates weitgehend zustimmen. Es ist klar, dass es mit der Annahme Steuervorlage 17 schwierig ist, ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Trotzdem ist dies dem Gemeinderat weitgehend gelungen. Eine allgemeine Anmerkung: Wenn Pläne oder Ziele wegfallen, wäre es wünschenswert, dass der Grund ersichtlich ist, ob es sich beispielsweise um eine Erledigung oder eine Streichung handelt.

Christian Schäublin: Auch die SVP-Fraktion bedankt sich bei allen Beteiligten, die am AFP mitgearbeitet haben und auch der RPK für ihre Berichterstattung. Wir teilen weitgehendst die Bemerkungen und Feststellungen der RPK und werden auch den Anträgen zustimmen. Pratteln wächst und damit auch die Ausgaben und Schulden. Wir anerkennen die Bemühungen von Gemeinderat und Verwaltung, sich auf das Notwendigste zu fokussieren und nötigenfalls Kürzungen vorzunehmen. Die Investitionen sind und bleiben hoch, was weitere Verschuldung bedeutet und sich in der sehr tiefen Selbstfinanzierung widerspiegelt. Es gilt auch in Zukunft, dass wir uns weiterhin für gesunde Gemeindefinanzen einsetzen und dass Alle umsichtig mit den finanziellen Mitteln umgehen. Die SVP-Fraktion ist für Direktberatung und wird das Budget so genehmigen sowie die Finanzpläne zur Kenntnis nehmen.

Benedikt Schmidt: Auch die Fraktion der Unabhängigen und Grünen dankt allen, die am AFP mitgearbeitet haben und auch der RPK für ihren Bericht. Was den AFP angeht, so sind wir mit dem Teil F Finanzen einverstanden; mit dem Teil A Aufgaben sind wir nicht einverstanden und stellen daher einen Antrag auf Rückweisung. Ich begründe den Antrag: Ich bin gar nicht einverstanden mit dem, was GR Christine Gogel vorher gesagt hat. Was sie als Dienstleistung und Nettigkeit der Verwaltung bezeichnet, ist für mich eine Selbstverständlichkeit. Wenn der Gemeinderat im Bereich Aufgaben und Plan Änderungen vornimmt, hebt er de facto einen Einwohnerratsbeschluss auf. Alles, was grau

hinterlegt ist, müssen wir beschliessen, nicht immer direkt mit Abstimmung, aber es muss beschlossen werden. Wenn wir als Einwohnerrat dort eine Änderung wollen, müssen wir einen schriftlichen Antrag stellen und es braucht eine Mehrheit, um diese Änderung durchzusetzen. Der Gemeinderat liefert uns ein mehrseitiges Dokument, das in diesen Aufgaben und Zeilen Änderungen „en masse“ präsentiert. Es gibt viele Änderungen und jede einzelne komplett unbegründet. Früher haben wir Aussagen mit Absicht aufgeführt und es ist nicht Zufall, dass diese hier stehen. Wie Mauro Pavan gesagt hat, gibt es Sachen, die erledigt sind. Da könnte man die Begründung angeben „erledigt“. Es gibt Anderes, das einfach weggestrichen wird aus welchen Gründen auch immer. Wir reden heute Abend nicht nur über das Budget, wir reden über den Aufgaben- und Finanzplan und wenn man hier in dieser Masse so vieles ändert, möchten wir eine Begründung dazu. Deshalb beantragen wir eine Rückweisung, damit der Gemeinderat die Begründungen nachliefern kann.

Antrag von Benedikt Schmidt

Abstimmung über den Rückweisungsantrag von Benedikt Schmidt

Der Rat beschliesst mit 24 Nein-Stimmen zu 7 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen:

://: Der Antrag zur Rückweisung wird abgelehnt.

Kurt Lanz: Ich möchte hier deponieren, warum ich der Rückweisung nicht zugestimmt habe, weil ich ja dieses Papier hier hatte (Kurt Lanz zeigt die farbige Synopse). Wenn der Gemeinderat infrage stellt, uns dieses Papier nächstes Jahr nicht mehr zu geben, weil wir zu viele Fragen haben, müsste der AFP wohl tatsächlich mit mehr Zeitaufwand verglichen werden. Ich müsste jede einzelne Aufgabe prüfen und wenn ich dann festgestellt habe, dass der Gemeinderat Sachen gestrichen hat, die Liste aber nicht abgegeben hat, dann würde ich denselben Antrag stellen, den Benedikt Schmidt gerade eben gestellt hat, dann müsste auch ich für eine Rückweisung plädieren. Es geht tatsächlich nicht, dass man aus dem AFP, der auch Aufgabenplan ist, Sachen wegstreicht und dies nicht mitteilt. Dies wäre keine saubere Angelegenheit und ich möchte es darum hier noch einmal deponiert haben, damit es auch im Protokoll steht. Ich habe der Rückweisung nicht zugestimmt, weil ich die Idee von Benedikt Schmidt schlecht gefunden habe. Ich habe es als kooperative Gelegenheit gemacht, aber so kooperativ wäre ich nächstes Jahr nicht mehr, wenn dieses Dokument nächstes Jahr nicht erscheinen sollte.

Das Eintreten ist unbestritten und es folgt die Lesung.

Lesung Aufgaben- und Finanzplan 2020-2024

Gelesen werden nur die Aufgabenfelder, mit Beginn auf Seite 20.

Aufgabenfeld 01 Politische Behörden

Petra Ramseier: Wir fragen, ob die Politische Steuerung in den Behörden wirklich umgesetzt wird. Unserer Meinung nach noch nicht, weil im Einwohnerrat immer wieder Geschäfte kommen, bei denen der direkte Bezug zum AFP nicht dargelegt ist; prinzipiell müsste man dies machen.

GP Stephan Burgunder: Diese interessante Frage hätte man in der Kommission sicher mit konkreten Beispielen behandeln können. Ich weiss nicht, ob diese Frage dort gestellt wurde. Für solches ist die Kommissionsberatung da und wenn ihr Beispiele habt, könnt ihr mir diese schicken und wir werden diese in Zukunft konkret aufnehmen.

Benedikt Schmidt: Ich erwähne ein positives Beispiel: das Mietzinsreglement. Im AFP steht klar, dass man eine gewisse Anzahl Personen aus der Sozialhilfe ablösen will und es steht auch darin, dass man zu diesem Zweck das Mietzinsreglement anpassen muss. Dies stellt den Bezug zwischen Einwohnerratsvorlage und AFP dar, den ich mir wünsche. Dieser Bezug findet bei den allermeisten Vorlagen nicht statt und als Beispiele gäbe es die Traktandenlisten der letzten 12 Monate.

GP Stephan Burgunder: Selbstverständlich könnte ich dir auch Beispiele nennen wie „Kindergarten bauen, der nicht im AFP enthalten ist“ und dann eine Vorlage zu bringen. Frage ist, ob man denn als Gemeinderat nur das machen darf, was im AFP enthalten ist und alles andere ist tabu? Diese Frage müsste man einmal grundlegend diskutieren und dazu hat die Entwicklungskommission auf die nächste Legislatur eine Möglichkeit. Ist alles andere ausserhalb des AFP tabu oder gibt es Spielraum, ist die Frage.

Fortsetzung der Lesung

Aufgabenfeld 02 Allgemeine Verwaltung

Petra Ramseier: Aus welchen Gründen wurde das Projekt Gemeindezentrum um ein Jahr verschoben?

Kurt Lanz: Ich habe einen Antrag. Rechts oben bei „Stelleneinsatz“ habe ich festgestellt, dass es nur noch zwei Lehrstellen gibt und ich stelle den Antrag, dass dort wieder auf vier Lehrstellen, also 400% erhöht wird. *Antrag von Kurt Lanz*

GP Stephan Burgunder: Zum Gemeindezentrum: Wir haben ein hohes Tempo geplant, eine neue Runde in allen Fraktionen durchgeführt und sind an die Fraktionssitzungen gegangen mit den verschiedenen Varianten. Diese Varianten werden jetzt ausgearbeitet und wir können das ursprünglich sportliche Programm einfach nicht einhalten. Bei Bauprojekten kommt dies manchmal vor und daher wurde es um ein Jahr verschoben. Zu den Lehrstellen: Wir haben mehrere Lehrstellen im AFP; im Robi, eine Praktikumsstelle im Jugi, eine Praktikumsstellen in der KESB und einen Lernenden im Team Grünanlagen. Bei der Verwaltung sieht es auf den ersten Blick speziell aus. Im Normalfall haben wir in jedem KV Lehrjahr eine lernende Person. 2018 hatten wir einen Lernenden, der aufgrund einer Erkrankung wiederholen musste und hatten somit vier Lernende. In diesem Jahr wurden diese beiden im dritten Lehrjahr fertig, diejenigen von ersten und zweiten Lehrjahr kamen ins zweite und dritte und für das erste Lehrjahr haben wir wieder eine lernende Person eingestellt. Welche die Lehre kürzlich abgebrochen hat. Im Nachhinein können wir keinen Lernenden mehr einstellen. Geplant ist, dass wir jedes Jahr mindestens eine lernende Person haben, was wir auch so einhalten möchten. Wenn es möglich ist, würden wir nächstes Jahr zwei Lernende einstellen. Es kommt aber auch immer auf die Bewerberinnen und Bewerber an. Wenn wir Lernende haben, die die Lehre abrechnen oder teilweise wiederholen, ist dies auch nicht ganz im Sinne des Erfinders. Ich weiss gar nicht, ob der Antrag von Kurt Lanz zulässig wäre, weil es sich nicht um einen Teil des AFP handelt, den man bewilligen kann. Ich stimme Kurt Lanz insofern zu, dass wir uns Mühe geben, wenn möglich, vier Lernende zu finden, wenn sie in das gesuchte Profil passen.

Kurt Lanz: Ich danke GP Stephan Burgunder für die Antwort. Ich bin eine ausbildungsauffine Person. Auf der linken Seite sind die Ziele definiert und dort könnte man das Ziel definieren, dass man auf der Verwaltung pro Lehrjahr eine lernende Person hätte. Ich

habe es nicht schriftlich gemacht, habe aber diese Erwartungshaltung und vielleicht muss ich es das nächste Mal schriftlich machen. Ich war dabei, als man den Paradigmenwechsel zum AFP vollzogen hat. Man hat damals diskutiert, dass man sich einleben muss und dies könnte so ein Fall sein. Vielleicht schreibt ihr dies auf nächstes Jahr in die grauen Zeilen.

GP Stephan Burgunder: Ohne dass es dort schriftlich festgehalten ist, haben wir jedes Jahr einen Lehrling und wenn eine Person die Lehre abbricht, ist es für uns schwierig. Nach wie vor ist es unser Ziel, mindestens eine lernende Person pro Jahr zu haben und wenn wir es auf zwei erhöhen können, bin ich gerne auch dabei.

Kurt Lanz zieht den Antrag zurück.

Es sind nun 36 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 19, das 2/3-Mehr 24 Stimmen.

Fortsetzung der Lesung

Aufgabenfeld 03	Polizei	
Aufgabenfeld 04	Feuerwehr und Bevölkerungsschutz	
Aufgabenfeld 05	Schulen	
Aufgabenfeld 06	Familienergänzende Angebote	Keine Wortmeldungen

Aufgabenfeld 07 **Kultur, Sport und Freizeit**

Benedikt Schmidt: Ich äussere mich jedes Jahr zu diesem Aufgabenfeld und komme immer wieder aus demselben Grund. Die Gemeinde hatte einmal einen tollen Spielplatz, das Piratenschiff. Dann hat die Gemeinde das Piratenschiff abgerissen, der Einwohnerrat hat das Piratenschiff wieder in den AFP aufgenommen und diesen Antrag habe ich auch letztes Jahr schon gestellt. Damals hat GP Stephan Burgunder gesagt „*Wenn du, Benedikt, den Antrag stellst, das Piratenschiff wieder aufzunehmen, würde ich ihn unterstützen*“ und der Einwohnerrat hat diesem Antrag mit grossem Mehr zugestimmt. Wenn man den AFP jetzt anschaut, steht dort nur, man wolle einen Spielplatz an der Schlossstrasse projektieren. Die Projektierung per se wurde nun zum Ziel. Für mich ist die Projektierung der Weg, wie man zum Ziel kommt, aber nicht das Ziel selber. Ich hätte weiterhin gerne, dass das Errichten eines Ersatzes für das Piratenschiff das Ziel ist und nicht eine Projektierung. Daher habe ich den Antrag „*Ein Ersatz für das Piratenschiff (Spielplatz Schlossstrasse) wird angeboten*“. Dies hat einerseits den Vorteil, das Piratenschiff als Ersatz explizit im AFP zu haben und man hat den Ersatz und nicht die Projektierung des Ersatzes als Ziel im AFP.

Antrag von Benedikt Schmidt

Diskussion zum Antrag von Benedikt Schmidt

GR Urs Hess: Ihr könnt den Antrag ablehnen oder annehmen. Tatsache ist, dass der schon gemachte, provisorische Ersatz räumlich verschoben wird und zwar auf die Matte zwischen Grossmattschulhaus und Jörinpark/Burggartenstrasse, damit man den neuen Kindergarten bauen kann. So lange der Kindergarten gebaut wird, kann man den Spielplatz nicht bauen, weil er bereits projektiert wird und am Schluss lässt sich alles im Zusammenhang mit dem Kindergarten umsetzen. Es passiert mit oder ohne Ablehnung des

Antrages genau gleich viel. Viel wichtiger ist, dass die Kinder einen Spielplatz haben, der später um etwa 70 – 80 m zu verschieben ist und dann haben wir den Spielplatz. Wenn der Kindergarten in der Fertigstellung ist, kommt der Spielplatz an den richtigen Ort.

Mauro Pavan: Im Moment steht dort, wie beschlossen, ein Provisorium und die Vorstellung ist, dass dort wieder etwas Definitives hinkommt. Ich bin darum dafür, dass wir den Antrag von Benedikt Schmidt unterstützen.

Abstimmung über den Antrag von Benedikt Schmidt

Auf Antrag der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Benedikt Schmidt, beschliesst der Rat mit 21 Ja-Stimmen zu 8 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen:

://: Im AFP AF 07 ist im Abschnitt Plan die Aufzählung mit „Ein Ersatz für das Piratenschiff wird angeboten (Spielplatz Schlossstrasse)“ zu ergänzen.

Andreas Seiler: Es gibt viele Aufgabenfelder, die bezüglich Aufwand und Ertrag nur schwer selber zu beeinflussen sind – es sind viele gebundene Ausgaben vorhanden. Dies hier ist nun ein Aufgabenfeld, in dem wir einen relativ grossen Betrag ausgeben, den wir aber selber unter Kontrolle haben. Wie wir am Anfang schon in den einleitenden Voten festgestellt haben, haben wir rote Zahlen budgetiert - ein Minus. Im Namen der FDP-Fraktion stellen wir den Antrag, im Aufgabenfeld 7 Aufwand, Ertrag und Saldo auf das Niveau der Rechnung 2018 zu korrigieren. Dies bedeutet einen Aufwand von CHF 3'781'314 statt einen Aufwand von CHF 4'129'550, einen Ertrag von CHF -733'318 statt CHF -876'900 und somit einen Saldo von CHF 3'047'996 statt CHF 3'252'650. Somit würden wir erfolgswirksam für den Verlust CHF 204'654 einsparen und auch näher an die schwarzen Zahlen kommen, was unser Ziel ist, damit wir mit einer langfristig nachhaltigen Finanzpolitik auch handlungsfähig bleiben. Darum bitte ich den Rat, unserem Antrag zuzustimmen.
Antrag von Andreas Seiler

Diskussion zum Antrag von Andreas Seiler

Mauro Pavan: Es kann nicht gehen, dass die FDP, die sich für die Steuervorlage 17 und Steuergeschenke an Grossunternehmen eingesetzt hat, das Geld, das jetzt in der Kasse der Gemeinde fehlt, bei den Bereichen Kultur, Sport und Freizeit einsparen will. Ich bitte euch, den Antrag abzulehnen.

Benedikt Schmidt: Auch ich bitte euch, den Antrag, von Andreas Seiler hat, abzulehnen. Wenn die FDP Änderungen haben will, soll sie es so machen, wie es beim AFP gemacht werden soll, nämlich bei Ziel und Plan das streichen, was sie nicht haben will. Einfach eine pauschale Kürzung des Budgets machen, finde ich unfair, weil man nicht sagt, auf was die Gemeinde verzichten soll. Soll die Gemeinde etwas mit der Gemeindebibliothek machen? Soll man auf die Ludothek verzichten? Soll man auf den Robinsonspielplatz verzichten oder auf die allgemeine Kinderfreundlichkeit? Oder auf Spielplätze? Dies sind alles Sparmassnahmen auf Kosten der Kinder und für mich absolut nicht akzeptabel.

GR Roger Schneider: Auch ich habe Mühe mit diesem Antrag. Wir haben ja in allen Aufgabenfeldern ziemlich strenge Vorgaben zur Kostensenkung und jede Abteilung – es war nicht nur meine Abteilung Bildung, Freizeit und Kultur – sondern beispielsweise auch die Bauabteilung mussten Einsparungen vornehmen. Dort sind neue Budgetposten mit ausserordentlichem Unterhalt enthalten und ich bitte euch, den Antrag abzulehnen. Aufgabenfeld 07 ist ein Aufgabenfeld, das stark für das Image der Gemeinde Pratteln steht. Wenn wir dies abschaffen würden, beispielsweise den Robinsonspielplatz schliessen,

würden Kosten an einem anderen Ort entstehen. So können wir niederschwellig arbeiten und auch direkt auf der Strasse. Ich finde diesen Antrag blind, im luftleeren Raum, unkonkret und habe daher Mühe damit und bitte euch, diesen Antrag abzulehnen.

Christian Schäublin: Ich schliesse mich meinen Vorrednern grösstenteils an. Man sieht auch nicht, was 2018 in dieser Rechnung enthalten war. Der Antrag ist einfach zu pauschal und wir denken, dass Kultur, Sport und Freizeit der falsche Ort ist, Kosten einzusparen und wir diesen Antrag auch nicht unterstützen.

Andreas Seiler: Ob die Steuervorlage 17 lang- bis mittelfristig zu tieferen Steuereinnahmen führt, sehen wir nicht so und wir haben hier ja nur das nächste Jahr zu budgetieren. Unser Mittel dazu ist das Globalbudget und der Gemeinderat entscheidet innerhalb des Budgets, wo er wie viel einsetzen kann, was nicht heisst, dass etwas ganz abgeschafft werden muss oder es günstiger werden könnte. Im AFP steht „Standortvarianten für Gemeindebibliothek und Ludothek sind zu klären“ und es steht nicht, ob man sie weiterführen will oder nicht. Wenn wir eine Variante wählen, die teurer ist als die jetzige, führt dies aus unserer Sicht in die falsche Richtung. Wir haben bewusst nicht gesagt, man solle Dieses oder Jenes einsparen, weil in einem Globalbudget ja nicht aufgeführt ist, wie viel für die Bibliothek, den Robinsonspielplatz usw. steht. Es ist Aufgabe des Gemeinderates zu schauen, dass er effizient arbeiten kann. Im Jahr 2018 hatten wir diese aufgezählten Institutionen schon alle und damals hat es ja auch funktioniert. Wir sehen, dass das Budget immer mehr wächst und wollen mit dem Instrument Globalbudget einen Antrag stellen, um dem Gemeinderat die Aufgabe zu geben, die Prioritäten entsprechend zu setzen und weniger auszugeben. Ich glaube nicht, dass es so drastische Einsparungen geben wird, weil 2018 Pratteln auch eine gute Gemeinde war und es gibt noch andere Aufgabenfelder, zu denen wir keinen Kürzungsantrag gestellt haben, bei denen es auch um Kinder geht und um noch viel grössere Beträge oder um andere sozialschwache Gruppen. Was wir hier als Antrag stellen, ist machbar, sinnvoll und daher bitte ich um Zustimmung.

Petra Ramseier: Liebe FDP, dies geht nicht. Ihr könnt nicht als Retter der Gemeindefinanzen gelten und gleichzeitig nicht Farbe bekennen, dass ihr beim Robispielplatz, den Vereinsbeiträgen, der Quartierarbeit, der Kulturförderung kürzen wollt. Vor allem, wenn ihr sagt, ein Jahr später gäbe es ja viel Geld. Dann lasst diese rote Null als rote Null stehen. Ob es eine schwarze oder rote Null ist, spielt keine Rolle.

GR Christine Gogel: Ich danke der FDP für ihre Bemühungen, die Finanzen im Lot zu halten. Ich warne davor, über dieses Aufgabenfeld eine globale Kürzung zu legen, was einerseits Sinn und Zweck des Globalbudgets ist. Andererseits geht es hier konkret um einen erhöhten Personalaufwand. Wir haben letzten Jahr der Teuerung zugestimmt, die sich in allen Aufgabenfeldern niederschlägt und dieses Jahr gibt es hier einen höheren Personalaufwand. Wir haben Mehraufwand in der Sandgrube seit dem Umbau und auch in der Hexmatt. Dies sind mehr Löhne und zusätzlich haben wir CHF 100'000 mehr Abschreibungen in diesem Aufgabenfeld.

Benedikt Schmidt: Liebe FDP, versteckt euch nicht hinter dem Globalbudget, sondern sagt konkret, was ihr wollt. Mit dem AFP mit Ziel und Plan kaufen wir beim Gemeinderat Leistungen ein. Wenn ihr die Leistungen nicht bzw. das Geld dafür nicht ausgeben wollt, so sagt doch, was denn der Gemeinderat konkret sparen soll. In diesem Aufgabenfeld ist auch noch des KSZ enthalten und man könnte sagen, man öffnet es nur 6 Monate im Jahr oder man streicht einen Monat beim Schwimmbad oder was auch immer. Es wäre nett, wenn ihr sagt, wo sparen, auf welche dieser Aufgaben ihr verzichten wollt und dies nicht an den Gemeinderat delegiert. Bekennt Farbe.

Mauro Pavan: Ich weiss nicht, ob ich es als lobenswert finden soll, dass die FDP nicht bei allen Aufgabenfeldern, bei denen es um Kinder und Familien geht, sparen will. Schön, wollt ihr dies nur bei einem Aufgabenfeld. Dass ihr die Prognose der Unterneh-

menssteuerreform nicht so drastisch sieht, ist klar – die Zahlen jedenfalls belegen etwas anderes.

Stephan Bregy: Ich finde die Angriffe der linken Seite etwas süffisant und dass man nachher noch Polemik macht wegen Abstimmungen mit klarem Ergebnis und den Einfluss noch nicht einmal kennt. Ich will dies hier nicht weiter thematisieren und auch das mit den Kindern ist nicht zielführend. Ich verstehe nicht, ob wir nun konkrete Massnahmen nennen sollen oder der Verwaltung und dem Gemeinderat die Freiheit lassen, im Globalbudget zu argumentieren. Wenn wir es anders gemacht hätten, wäre die linke Partei genauso wieder gekommen, und hätte gesagt, es sei nicht korrekt. Lasst doch die Verwaltung selber entscheiden. Fakt ist, dass es eine Verschuldung der Gemeinde gibt - ich werde beim Aufgabenfeld 23 noch etwas dazu sagen und auch eine Frage stellen. Wir können doch nicht akzeptieren, dass alle Budgetposten jedes Jahr um einige Prozente steigen. Ganz konkret: Beim UNICEF-Projekt „Kinderfreundliche Gemeinde“, handelt es sich um einen Papiertiger, der eine Person zusätzlich beschäftigt oder ist es ein „nice-to-have“ um Geld auszugeben oder ist es für die Gemeinde nützlich? Fakt ist, dass die Kosten jedes Jahr steigen und die Nettoverschuldung und Selbstfinanzierung der Gemeinde schlecht sind.

Abstimmung über den Antrag von Andreas Seiler

Auf Antrag der FDP-Fraktion, Andreas Seiler, beschliesst der Rat mit 28 Nein-Stimmen zu 6 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen:

://: Die Kürzung Budget 2020 auf Niveau Rechnung 2018 (Saldo CHF 204'654 weniger), Aufwand: CHF 3'781'314 statt CHF 4'129'550, Ertrag: CHF -733'318 statt CHF -876'900, Saldo: CHF 3'047'996 statt CHF 3'252'650 wird abgelehnt.

Fortsetzung der Lesung

Aufgabenfeld 08	MMN	
Aufgabenfeld 09	Gesundheit und Alter	
Aufgabenfeld 10	Gesetzliche Sozialhilfe und Arbeitsintegration	
Aufgabenfeld 11	Soziale Unterstützung	Keine Wortmeldungen
Aufgabenfeld 12	Asylwesen	

Andreas Seiler: Die FDP-Fraktion hat eine Frage zum Budget 2020 im Aufgabenfeld 12. Wir sehen, dass „weitere Aufwände“ auf CHF 2'513'400 steigen. Uns interessiert, wieso diese Aufwände steigen, denn aus den Medien haben wir gehört, dass im Moment die Flüchtlingszahlen nicht steigen. Werden Pratteln mehr Flüchtlinge zugeteilt oder woher kommt der Anstieg um doch eine beträchtliche Summe?

GR Roger Schneider (in Vertretung von GR Emanuel Trueb): Wir können diese Kosten kaum beeinflussen. Das Budget ist sehr realistisch, weil man in den letzten Jahren immer etwas neben dem Budget lag. Wenn wir diesen Budgetposten senken würden, ergäbe es später eine Differenz.

Beat Thommen: Es ist genau das, was GR Roger Schneider gerade gesagt hat. Für das Jahr 2019 hat man tiefer budgetiert als die Rechnung 2018. Das Budget 2019 wurde dann gemacht, als der Rechnungsabschluss 2018 noch nicht vorlag und das Budget 2019 wurde entsprechend tief gehalten. Man ist hier immer im Austausch mit dem Kanton. Es ist nicht so, dass Pratteln mehr Flüchtlinge erhält im Verhältnis zur Bevölkerung als andere Gemeinden, wir erhalten nominal mehr Flüchtlinge, weil unsere Bevölkerungszahl gewachsen ist.

Prozess, den wir nicht so krass unterbrechen wollen, auch aus der finanziellen Perspektive betrachtet.

Andreas Seiler: Ich gehe davon aus, dass mit diesem Antrag Heizungen in gemeindeeigenen Gebäuden gemeint sind und nicht auch noch Private. Grundsätzlich habe ich eine Sympathie dafür. Wenn man allerdings das Datum 2020 nennt, also nächstes Jahr, finde ich es übertrieben und dies würde bedeuten, dass man noch fast neue Heizungen oder solche, die ihre Lebensdauer noch nicht erreicht haben, herausreißen müsste. Denken wir auch an die graue Energie, die es benötigt, um die Heizungen zu produzieren. Dies ist weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll. Mit einer Umsetzung im Jahr 2020 können wir diesem Antrag nicht zustimmen.

Petra Ramseier: Es ist akustisch vielleicht nicht ganz hörbar gewesen: Es handelt sich um 2030. Ein Termin von 2020 lässt sich gar nicht umsetzen. Weiter sind gemeindeeigene Ölheizungen gemeint.

Stephan Bregy: Die Fraktion ist gegen Eintreten auf diesen Antrag und würde ihn auch nicht unterstützen. Es ist nicht seriös, innerhalb von 10 Jahren den Austritt zu schaffen. Man könnte es in eine Absichtserklärung umwandeln, dass man immer wieder versucht, alternative Energien einzuführen, aber eine Umsetzung mit einer harten Limite ist nicht realistisch und daher bitte ich euch, dem nicht zuzustimmen.

Franziska Senn: Ich will Stephan Bregy widersprechen. Die Lebenserwartung einer solchen Heizung beträgt 15 Jahre. Von 2019 bis 2030 – man rechne. Ich weiss nicht, wie alt diese Heizungen sind, aber die eine oder andere wird wohl schon 5 - 6 Jahre alt sein. Somit wird es überhaupt kein Problem sein, diese bis 2030 zu ersetzen. Dann funktioniert es auch wirtschaftlich.

Kurt Lanz: Wenn der Termin 2030 beträgt, müssen wir dieser Absichtserklärung zustimmen. Ich gebe denjenigen Personen, die per se nicht bereit sind, heute zuzustimmen und 10 Jahre vor auszudenken, bekannt, dass ihr im Jahr 2028 dies wieder herausstreichen werdet. Aber dass wir jetzt dieser Absichtserklärung zustimmen, dass wir 2030 keine Ölheizung mehr haben wollen, können wir jetzt hierin machen. Falls ihr es unbedingt nicht wollt, den Weg dazu habe ich gerade aufgezeigt.

GP Stephan Burgunder: Der Rat hier überrascht mich immer wieder. Zur Halbwertszeit des Gedächtnisses: Im Juni dieses Jahres 2019 haben wir eine Ölheizung durch eine andere Ölheizung ersetzt. Diese wird im Jahr 2030 11 Jahre alt sein und wir ersetzen dann ganz klar graue Energie durch andere graue Energie. Die Abstimmung damals war bei 27 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen. Zwei Personen waren also gegen die Ölheizung im Juni 2019 und nun sollen bis ins Jahr 2030 alle Ölheizungen ersetzt werden. Gebt doch entsprechend genügend Raum, um die Heizungen zu ersetzen oder lasst zuerst eine Analyse machen, was wir noch alles haben, bevor man mit solchen Vorstössen hineinschiesst.

Stephan Bregy: Vielen Dank dem Vorredner, der mir aus dem Herzen spricht. Zwei Bemerkungen. Erstens: Ich habe nicht verstanden, es sei nur eine Absichtserklärung. Es handelt sich ja um ein festes Datum und dies bedeutet, dass ab 2030 keine Ölheizungen mehr auf dem Territorium der Gemeindeverwaltung eingesetzt werden. Es handelt sich also um eine terminierte Massnahme. Zweitens: Ich glaube nicht, dass eine Ölheizung nur 15 Jahre Lebensdauer hat, verneine dies mit Vehemenz und möchte es abgeklärt haben. Ich selber bin leider auch im Besitz einer Ölheizung, die nun 15 Jahre alt ist und immer noch funktioniert. Die Aussage, dass Ölheizungen eine Lebensdauer von nur 15 Jahren haben, ist aus meiner Sicht fachlich nicht korrekt.

Andreas Seiler: Ich habe dich vorhin falsch verstanden. Wenn es sich um 2030 handelt, haben wir eine Frist von 10 Jahren und man kann sich darüber streiten, wie lange solche

Heizungen halten. In meiner Interpellation habe ich gefragt, wie viele Ölheizungen es noch hätte. Damals konnte der Gemeinderat nicht sagen, wie alt diese sind und wann sie ihr Lebensende erreichen. Ich persönlich bin nun für den Antrag mit 10 Jahren Frist. Als wir die neue Ölheizung bewilligt hatten, war dies rückblickend vielleicht ein Fehler. Aber wenn es 2030 nur noch eine einzige Ölheizung in den Gemeindegebäuden gibt, können wir das Ziel anpassen und die letzte vielleicht als Museum weiterbetreiben.

Petra Ramseier: Zu Stephan Bregy: Die Zahl ist so verbindlich wie beispielsweise die Planung des Gemeindezentrums, wo nun statt 2019 neu 2020 steht. Es gibt noch Anderes, wo die Jahreszahl gestrichen wurde und nur noch das Ziel enthalten ist. Ob es nun 2030 oder 2032 ist, spielt bei mir keine Rolle. Für mich wäre auch 2035 noch in Ordnung, mit 2030 tönt es etwas knackiger.

Kevin Beining: Wie wäre es, mit den Zahlen aufzuhören und zu sagen, dass die Ölheizungen laufend durch erneuerbare Energien ersetzt werden? Dann sparen wir uns viele Worte und können weiterfahren.

Stephan Bregy: Der Vorschlag von Kevin Beining ist gut, aber trotzdem muss man mit alternativen Fakten vorsichtig sein. Erich Schwob hat die Lebensdauer einer Ölheizung gerade gegoogelt und die durchschnittliche Lebensdauer einer Ölheizung beträgt 30 Jahre. Darum nicht überstürzt etwas entscheiden, was enorme Konsequenzen finanzieller Natur für die Gemeinde haben kann. Falsche Fakten muss man widerlegen und warum soll es nur die FDP sein, die Fakten widerlegt oder richtig stellt?

Gerold Stadler: Vielleicht haben wir im Sommer noch mit 27 Ja-Stimmen und einigen Enthaltungen eine neue Ölheizung gekauft. Ich gehe davon aus, dass ich bei den Enthaltungen war und lerne gerne dazu. Darum können wir auch mal etwas anders machen und neu entscheiden. Für mich ist wichtig, eine Zahl als Ziel zu setzen. Dann kann man arbeiten und plant in diese Richtung. Wenn wir keine Zahl setzen, ist es der Sankt Nimmerleinstag und dies will ich nicht. Ich will, dass der Gemeinderat ein konkretes Ziel erhält, auf das er hinarbeiten kann. Wie schon gewisse Vorredner gesagt haben, falls es doch nicht ganz reicht, können wir weiter diskutieren. Eine Zahl zu haben und auf dieses Ziel hinzuarbeiten, ist wichtig. Warum nicht jetzt im Moment auf 2030 festlegen?

Petra Ramseier: Zu Stephan Bregy: Eine Heizung lebt sicher 30 Jahre, aber wirtschaftlich ist sie etwa 15 Jahre. Dies ist ein finanzieller Aspekt und könnte euch auch ansprechen. Zu Kevin Beining: Wir wollen eine Zahl, um eine Kontrolle zu haben. Es geht auch um Kennzahlen und darum, ob man ein Ziel erreichen kann oder nicht. Wenn wir ein Ziel nicht erreichen, ist es nicht unbedingt per se falsch, sondern wir müssen sagen, warum wir das Ziel nicht erreicht haben: Haben wir nichts gemacht? Haben wir zu wenig Personal oder zu wenig Geld? Dann muss dieses Problem im AFP gelöst werden, weil man dann entweder mehr Finanzen sprechen muss, oder das Ziel ändern. Dies ist das System, wie der AFP eigentlich funktionieren würde.

GR Stefan Löw: Unter „Plan“ steht „Umsetzung Massnahmenkatalog Energiestadt, in Begleitung einer Arbeitsgruppe“. Im Massnahmenkatalog in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe kann dies ganz klar definiert werden und nachher in der Umsetzung dementsprechend verfolgt werden. Wir haben also verschiedene Möglichkeiten, in Zukunft steuernd bezüglich Energie und Umweltschutz einzugreifen und später auch zu vollziehen. Dies ist als zusätzliche Steuerungsmöglichkeit zu erwähnen.

Abstimmung über den Antrag von Petra Ramseier

Auf Antrag der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Petra Ramseier, beschliesst der Rat mit 20 Ja-Stimmen zu 14 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen:

://: Im AFP AF 18 ist neu „Ölheizungen werden bis 2030 durch Heizungen ersetzt, welche erneuerbare Energien nutzen“, aufzunehmen.

Benedikt Schmidt: In diesem Aufgabenfeld wird auch noch das Ziel „*Die kommunal wichtigsten Waldränder sind ökologisch aufgewertet*“ gestrichen und dies kommentarlos. Ich habe in der Naturschutzkommission nachgefragt und dort hiess es, man könne es streichen, weil es Teil des Landschaftsentwicklungskonzeptes sei. Dieses Argument überzeugt mich überhaupt nicht, gerade in der heutigen Zeit, wo es dem Wald wirklich nicht gut geht, was auch im Prattler Anzeiger nachzulesen war. Und wenn der Förster schon krasse Änderungen vorhat, fände ich es als wichtiges Zeichen, dass sich die Gemeinde auch um den Wald oder wenigstens seinen Rand kümmert.

Antrag von Benedikt Schmidt

Diskussion über den Antrag von Benedikt Schmidt

GR Stefan Löw: Das Waldrandpflegekonzept befindet sich in der Umsetzung und fällt also nicht weg. Es entfällt nur aus dem Text, damit dieser nicht zu stark ausgeweitet wird. Die Umsetzung ist in Vollzug, wird auch durchgeführt und dementsprechend sind auch die Finanzen vorhanden.

Kurt Lanz: Ich muss hier Benedikt Schmidt unterstützen. Wenn es sowieso gemacht wird, darf es auch im Text stehen, denn im Text steht ja, was wir machen wollen. Der Gemeinderat hat gesagt, dass es gemacht wird, also können wir es im Text belassen und wir haben die Gewähr, dass es tatsächlich so sein wird. Letztendlich wird das Geld dazu ja über den AFP gesprochen und wenn diese Aufgabe nicht mehr im AFP steht, könnte es die Haltung vermitteln, dass wir hierfür kein Geld ausgeben. Darum lassen wir es hier im Text und streichen es nicht.

GP Stephan Burgunder: Ich hätte zu Benedikt Schmidt gesagt, dass er gerade noch den Betrag einstellen könnte, den es braucht. Im Detailbudget haben wir den Betrag sogar leicht erhöht. Es handelt sich um ein Globalbudget und ob wir es im Text haben oder nicht: Wir haben es gemäss Landschaftsentwicklungskonzept vor und wenn du mich nächstes Jahr wieder zitieren willst, kannst du sagen, der Gemeindepräsident habe gesagt, man könne es auch hineinschreiben.

Abstimmung über den Antrag von Benedikt Schmidt

Auf Antrag der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Benedikt Schmidt, beschliesst der Rat mit 21 Ja-Stimmen zu 6 Nein-Stimmen bei 10 Enthaltungen:

://: Im AFP AF 18 ist neu „Die kommunal wichtigsten Waldränder sind ökologisch aufgewertet“, aufzunehmen bzw. nicht zu streichen.

Fortsetzung der Lesung

Aufgabenfeld 19 Räumliche Entwicklung und Baugesuche

Andreas Seiler: Beim zweiten Antrag der FDP-Fraktion, mit dem wir die Rechnung entlasten wollen, geht es um das Städtebauliche Entwicklungskonzept. Wir stellen den Antrag im Plan „*Städtebauliches Entwicklungskonzept bis 2020*“ zu streichen und auch den entsprechenden Betrag von CHF 250'000 im Investitionsprogramm. Es ist nicht direkt auf die Erfolgsrechnung wirksam, aber die Abschreibung über mehrere Jahre. Warum? Erstens. Es handelt sich CHF 250'000, die wir ausgeben. Und was erhalten wir dafür? Papier. Mit dem ist noch nichts umgesetzt, es dauert relativ lange. Können wir es wirklich umsetzen? Haben wir auch die finanziellen Mittel, dies umzusetzen? Gibt es Alternativen? Mit dem städtebaulichen Entwicklungskonzept können natürlich die Bedürfnisse der Bevölkerung abgefragt werden, was wir aber auch schon mit der Quartierentwicklung machen und nicht doppelt machen müssen. Wir haben verschiedene Player: Einwohnerrat, private Grundeigentümer, Investoren, die auf ihrem Gebiet, oder wir als Einwohnerrat auf Gemeindegebiet auch unsere Ideen haben. Die Meinung, dies an ein Planungsbüro zu delegieren, um dann eine fertige Lösung für alle Interessensgruppen zu haben und daran glaube ich nicht. Ich glaube eher, dass wir für viel Geld ein Papier erhalten, das wir hierin wieder diskutieren und entweder dafür oder dagegen sind, je nachdem, um welchen Teil des Papiere es geht. Kurz gesagt, dies braucht es nicht, wir kommen ohne das städtebauliche Entwicklungskonzept aus, haben Alternativen und darum können wir diese CHF 250'000 sparen und somit das Budget nicht nur dieses Jahr, sondern auch mittelfristig auf die nächsten Jahre mit den Abschreibungen entlastet. Eine organisatorische Frage: Wird das Investitionsprogramm separat gelesen und muss der Antrag dort gestellt werden? Wenn das Konzept weiterhin im Plan bleibt, erübrigt sich natürlich die Streichung des Beitrages. *Antrag von Andreas Seiler*

Petra Ramseier: Jetzt bin ich doch sehr erstaunt. Das städtebauliche Entwicklungskonzept ist für uns das wichtigste Teilstück in der baulichen Zukunft von Pratteln. Erstens: Es handelt sich um ein Legislaturziel und nicht „nur“ ein Ziel im AFP. Daher kann man es nicht einfach so kippen. Zweitens: Ohne dieses Konzept wird es für Pratteln viel teurer als die CHF 250'000 und es gibt später eine planerische Katastrophe. Drittens: Es wird Diskussionen geben und genau diese brauchen wir. Die Diskussion, wohin Pratteln in Zukunft steuern will, hört nicht auf bzw. hört nie auf und geht immer weiter. Ein Planungskonzept gibt uns eine Basis, über die diskutiert werden kann, sonst steht dies alles im luftleeren Raum und ist gar nicht zielführend. Also unbedingt das städtebauliche Konzept beibehalten und dem Antrag nicht zustimmen.

Kevin Beining: Ich bin derselben Meinung. CHF 250'000 ist extrem viel Geld und ich sehe den Punkt auch, die Rechnung zu entlasten. Jeder, der ein Unternehmen hat, macht auch zuerst ein Konzept und geht erst anschliessend in die Detailplanung. Wenn man dies nicht macht und irgendetwas bastelt, dann funktioniert es nicht. Wir brauchen diese Expertenmeinung vor allem für die bauliche Entwicklung hier in Pratteln.

Andreas Seiler: Ich glaube nicht, dass wir ohne das Konzept in eine planerische Katastrophe laufen. Das Konzept ist ja quartierübergreifend auf die ganze Gemeinde angelegt und fast eine Ebene zu hoch. Wo die einzelnen Quartiere entwickelt werden, sind auch Experten beteiligt und auch diese können wir anhören oder haben Berichte von ihnen. Wenn wir auf einer so hohen Flugebene eine Planung über die ganze Gemeinde machen – bis wir fertig sind, hat sie sich schon überholt und wird gar nie zum Tragen kommen. Darum denke ich, dass uns diese CHF 250'000 nicht weiterbringen wird.

GP Stephan Burgunder: Zur organisatorischen Frage von Andreas Seiler: Gemäss Anträgen des Gemeinderates wäre es Punkt 1 unter „Genehmigung Investitionsprogramm 2020“ und Punkt 7 „Genehmigung Budget 2020“. Ich nehme aber gerne schon jetzt Stellung dazu. Die meisten von euch erinnern sich noch an die Diskussion hier, die

Änderungen. Bei der Behandlung der Kindergärten Vogel matt und Hex matt habt ihr an der letzten Sitzung eine Botschaft ausgesendet, die beim Gemeinderat sehr wohl angekommen ist. Wir haben die sehr knappe Haltung im Rat wahrgenommen und uns überlegt, wie wir das Ganze etwas entschärfen können. Wir sind zum Schluss gekommen, weil der Souverän entscheidet und eine Volksabstimmung im Raum steht, würden wir gerne auf die alte Aussage des AFP 19 zurückkommen und so stehen lassen wie damals und dies für heute Abend so offerieren. Eine Verschärfung, wie es im Rat interpretiert wurde, war nicht die Absicht. Zum Wort „grundsätzlich“, dass einigen Personen sauer aufgestossen ist und zu Diskussionen geführt hat: Wenn man das Wort „grundsätzlich“ im Wikipedia googelt, hat es hier rechtlich eine andere Auslegung und Definition, als in der Umgangssprache. Umgangssprachlich verstehen wir unter „grundsätzlich“ „Es ist nicht möglich; man kann nicht“. Rechtlich bedeutet „grundsätzlich“, dass es Möglichkeiten gibt und der Gemeinderat hat es auch so verstanden. Wir wollten sagen, grundsätzlich, aber nicht, dass es gar nicht möglich sei. Unsere Überlegung bei sämtlichen Planungen ist, dass wir einen gewissen Spielraum brauchen. Heute Abend wird das Budget beschlossen, aber ein Jahr ist lang und dynamisch und auch ein Budget ist dynamisch. Es passiert etwas und der Gemeinderat benötigt einen gewissen Spielraum, um auf neue Gegebenheiten und den Markt reagieren zu können. Dies waren unsere Gedanken, als wir „grundsätzlich“ dazu genommen haben. Wie gesagt, wir würden gerne darauf verzichten und bieten dies heute Abend als Änderung mit dieser Tischvorlage an.

Christine Weiss: Ich bin froh, dass der Gemeinderat diesen Satz wieder rückgängig machen will. Ich bin aber dafür, es wirklich so zu formulieren, wie es im letzten AFP enthalten war, nämlich: „*Wenn immer möglich werden Parzellen im Baurecht abgegeben*“ und nicht „sinnvoll“, weil man über „sinnvoll“ sehr lange diskutieren kann. Wir hätten dies gerne wieder so und es handelt sich um einen Antrag der SP.

Antrag von Christine Weiss

Abstimmung über den Antrag von Christine Weiss

Auf Antrag der SP-Fraktion, Christine Weiss, beschliesst der Rat mit 18 Ja-Stimmen zu 18 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung mit Präsidialentscheid (Nein):

://: Die Aufzählung im AFP AF 23 im Feld „Plan“ abzuändern durch: „Wenn immer möglich werden Parzellen im Baurecht abgegeben“, wird abgelehnt.

Abstimmung über die Tischvorlage

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Die Änderung des Gemeinderates zum AF 23 zu Ziele und Plan wird angenommen.

Petra Ramseier: Eine Frage zur Formulierung in AF 23 der Tischvorlage. Unter „Ziele“ steht nun: „In der Regel kein Verkauf von gemeindeeigenen Parzellen“. In der Synopse der Änderungen stand: „Wenn immer möglich, werden Parzellen im Baurecht abgegeben“. In meinem Exemplar des AFP letztes Jahr 2018 – 2022 steht: „Kein Verkauf von gemeindeeigenen Parzellen“. Welches ist nun wirklich die alte Version oder habe ich eine falsche Version des AFP? Beim farbigen Exemplar handelt es sich doch um das definitive?

Ohne Mikrophon: Nach Antwort des Gemeinderates hat Petra Ramseier festgestellt, dass sie eine alte Version benutzt hat.

Schlussabstimmung

1. Genehmigung Investitionsrechnung 2020

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr bei 6 Enthaltungen:

://: Die Investitionsrechnung wird genehmigt.

2. Festsetzung der Steuersätze für das Jahr 2020

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: 2.1 Die Einkommens- und Vermögenssteuer für natürliche Personen wird auf 58.5 % des Staatssteuerbetrages festgesetzt (unverändert).

://: 2.2 Die Ertragssteuer für juristische Personen wird auf 4.95 % des steuerbaren Ertrages festgesetzt (unverändert).

Der Rat nimmt zur Kenntnis:

Der Kapitalsteuersatz beträgt in den Jahren 2020 bis 2022 fix 0.55 ‰ des steuerbaren Kapitals, mindestens aber CHF 165 (§ 62 Abs. 2 Bst. A, Steuergesetz).

3. Feuerwehropflichtersatz

Der Rat beschliesst einstimmig bei 1 Enthaltung:

://: Die Feuerwehropflichtersatzabgabe beträgt 10 % des Gemeindesteuerbetrages, mindestens aber CHF 60.00 (unverändert).

4. Wasserbezugsgebühren

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Auf den Wasserbezugsgebühren wird ein Rabatt von 20 % gewährt (unverändert).

5. Festsetzung Hauskehr-, Sperrgut-, Container- und Grüngutgebühren

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Die Gebühren werden wie folgt festgelegt:

Gebührensäcke, Sperrgutmarken und Containergebühren (inkl. MwSt. 7.7 %) unverändert.

a) Gebührensäcke nach Volumen

17 Liter, maximal 3 kg	CHF	0.80
35 Liter, maximal 6 kg	CHF	1.60
60 Liter, maximal 12 kg	CHF	3.20
110 Liter, maximal 18 kg	CHF	4.80

- b) Gebührenmarken für Kleinsperrgut und Grobsperrgut als Einzelstücke oder verschnürte Bündel nach Gewicht (Kleinsperrgut bis 50 x 50 x 100 cm pro Stück, grösser gilt als Grobsperrgut)
pro 6 kg 1 Gebührenmarke CHF 1.60
- c) Container für Gewerbe-, Industrie- und Dienstleistungsbetriebe nach Leerungen und Gewicht
pro Leerung CHF 10.00
pro Kilogramm CHF 0.216
- d) Häckseldienst
Grundgebühr bis 5 Minuten CHF 25.00
Grundgebühr bis 10 Minuten CHF 50.00
ab 11. Minute (pro Minute) CHF 4.00
- e) Container für Grüngut
bis 140 Liter-Container CHF 76.00
bis 240 Liter-Container CHF 146.00
bis 770 Liter-Container CHF 446.00

6. Teuerungsausgleich

Der Rat beschliesst einstimmig bei 1 Enthaltung:

Der einstimmige Landratsbeschluss Nr. 296 vom 12. Dezember 2019 bezüglich Gewährung eines Teuerungsausgleichs von 0.5 % wird zur Kenntnis genommen. Dies entspricht einem zusätzlichen Personalaufwand für die Lehrkräfte von CHF 87'350.

://: Es wird eine Teuerungszulage für das Gemeindepersonal von 0.5% gewährt. Dies entspricht einem zusätzlichen Personalaufwand von CHF 70'800.

7. Genehmigung Budget 2020

Der Rat beschliesst mit 30 Ja-Stimmen bei 7 Enthaltungen:

://: Das Budget für das Jahr 2020 wird mit einem Aufwandüberschuss von CHF 612'300 (inklusive Teuerungszulage von CHF 87'350 für Lehrkräfte und CHF 70'800 für Verwaltungs- und Betriebspersonal) genehmigt.

8. Kenntnisnahme Finanzpläne

Die im Aufgaben- und Finanzplan 2020 – 2024 integrierten Finanzpläne werden zur Kenntnis genommen.

Geschäft Nr. 3179

Totalrevision des Reglements über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen (Mietzinsbeitragsreglement) – 2. Lesung

Aktenhinweis

- Totalrevision des Reglements über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen (Mietzinsbeitragsreglement), Ausgabe vom 25. November 2019 für die 2. Lesung

Damit dieses Reglement auf den 1. Januar 2020 in Kraft gesetzt werden kann, wird es noch heute Abend behandelt. Auf dem Referentenplatz nimmt Gemeindeverwalter Beat Thommen Platz anstelle von Corinne Graf.

GR Roger Schneider: Der Gemeinderat hat die Voten der letzten Sitzung aufgenommen und einen Vorschlag erarbeitet, der in der synoptischen Darstellung enthalten ist. Die Formulierung soll nun verständlicher sein und die Gesuchsbearbeitung wird auf der Verwaltung aus verfahrensökonomischen Gründen konzentriert, was für die gesuchstellenden Personen kein Nachteil ist. Damit „Ziele“ und „Plan“ im AFP erreicht werden, ist wichtig, das Reglement auf Jahresbeginn in Kraft zu setzen.

Emil Job: Die Fraktion der Unabhängigen hat dies angeschaut und findet die Formulierungen gut so und wird uneingeschränkt zustimmen.

Christine Weiss: Ich danke dem Gemeinderat für die neuen, gut formulierten Regelungen im § 14 und vor allem auch für die nachfolgende Klarstellung. Die SP kann dem Reglement so zustimmen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Der Rat verzichtet auf die zweite Lesung und es folgt die Abstimmung.

Der Rat beschliesst einstimmig.

://: Die Totalrevision des Reglements über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen (Mietzinsreglement) wird genehmigt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 20. Januar 2020

Fragestunde

Frage 1

Unterflursammelstelle an der Tramendstation“

(Petra Ramseier, UG-Fraktion)

GR Urs Hess: Die Unterflursammelstelle bei der Tramendstation wurde neu gemacht und somit ergaben sich einige Änderungen gegenüber vorher, damit man diese Unterflursammelstelle überhaupt erstellen und betreiben kann und auch eine bessere Ordnung herrscht. Frage 1: *Hätte die Sammelstelle nicht so platziert werden können, dass die Bäume geschont werden?* Dies ist leider nicht möglich. Wir haben umfangreich geprüft und es kam nur das hier Gewählte in Frage. Es befindet sich eine Autoeinstellhalle der

Migros darunter; weiter muss die Zugänglichkeit mit einem Lastwagen gewährleistet sein, damit man mit dem Lastwagen zufahren und die Container leeren bzw. herausnehmen und hineinstellen kann. Auch die Sicherheit der Fussgänger und der wartenden Personen musste berücksichtigt werden, wenn dort ein Lastwagen zu- bzw. wegfährt. Frage 2: *Werden wieder neue Bäume auf dem Platz gepflanzt, so dass es auf dem ganzen Platz Beschattung gibt?* Zwischen der neuen Unterflursammelstelle und der Schlossstrasse wurden zwei neue Bäume gepflanzt und bereits vor zwei Jahren hat man drei zusätzliche Bäume auf diesen Platz gepflanzt, aber auf die Manövriertfläche der Lastwagen kann man keine Bäume setzen. Diejenigen Bäume, die man fällen musste, waren durch Pilze krank. Frage 3: *Kann der Asphaltbelag durch einen versickerfähigen Belag, z. B. Mergel oder durch Rasengittersteine mit angesätem Gras oder etwas ähnlichem ersetzt werden?* Dies ist nicht möglich, damit die Befahrbarkeit durch Lastwagen gegeben ist, die aber mit bestimmten Rasengittersteinen möglich wäre. Das versickernde Wasser geht jedoch in eine Entwässerungsrinne und wird von dort aus einer Versickerung zugeleitet – es gelangt also nicht in die Kanalisation. Wenn man den Platz mit Rasengittersteinen machen würde, würden alle Scherben usw. in die Rasengittersteine gelangen. Hier muss eine gut zu reinigende Oberfläche vorhanden sein, was auch für das Personal geeigneter und besser ist. Frage 4: *Weiss der Gemeinderat, dass auf der asphaltierten Fläche im Quartierplan eine Grünfläche eingetragen ist?* Ja, dies ist dem Gemeinderat bekannt. Allerdings ist die Aussage nicht ganz korrekt. Der Teil nördlich dieser asphaltierten Fläche ist im Umgebungsplan des QP als Grünanlage eingetragen, wurde aber so nie realisiert. Dafür wurde die Grünfläche westlich der Unterflursammelstelle viel grosszügiger ausgestaltet als vorgesehen war. Unter dem Strich gibt es hier ein positives Resultat. Frage 5: *Wie kann die Gemeinde solche Fehlplanungen in Zukunft vermeiden?* Wir haben keine Fehlplanung gemacht und darum können wir solche auch nicht vermeiden.

Frage 2

„Containerdepot an der Schlossstrasse“

(Patrick Weisskopf, UG-Fraktion)

GR Stefan Löw: Schon 2017 hat Gerd Ruder Fragen dazu gestellt, die damals von GP Stephan Burgunder beantwortet wurden. Frage 1: *Hat die Firma Häring ein Baugesuch eingereicht? Wann? Wurde dieses bewilligt?* GP Stephan Burgunder hat damals die Frage so beantwortet, dass die Firma Häring ein Baugesuch einreichen solle. Man hat dann das Gespräch mit dieser Firma gesucht und nach ihren Absichten gefragt. Die Firma hat in Aussicht gestellt, dass sie in absehbarer Zeit, in zwei oder drei Jahren, dies ins Ausland bringen und als Hilfsprojekt in einem Drittweltland aufbauen und dort Fenster produzieren will. Es hat sich in der Folge herausgestellt, dass es nicht so einfach ist, weil die Abwicklung über den Zoll usw. sehr, sehr kompliziert und aufwändig ist. Dies weiss ich, weil ich bei Gelegenheit dort nachgefragt habe, aber nicht offiziell. Man hat dann gesagt, die Firma Häring müsse noch kein Baugesuch einreichen und blieb im Gespräch, was auf dieser Parzelle möglich wäre, sollte dieses Geschäft nicht zustande kommen. Die Gemeinde hatte beabsichtigt, auf dieser Parzelle Parkplätze einzurichten und die Firma Häring war dazu nicht abgeneigt. Der Ist-Zustand ist momentan so, wie Patrick Weisskopf geschildert hat. Frage 2: *Warum wurden die Container nicht entfernt?* Wurde bereits in Frage 1 beantwortet. Frage 3: *Wann hat der Gemeinderat die Firma Häring letztmalig darauf angesprochen?* Offiziell hat der Gemeinderat die Firma Häring nicht mehr darauf angesprochen. Frage 4: *Welches sind die nächsten geplanten Schritte?* Wir haben bewusst die Firma Häring nicht kurzfristig angefragt; wir beabsichtigen das Gespräch wieder Anfang nächstes Jahr aufzunehmen und auf eine definitive Lösung hinzuarbeiten. Sobald wir dies wissen, werden wir den Einwohnerrat informieren.

Patrick Weisskopf: Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung der Frage. Gibt es im Schweizer Recht einen Passus, der festlegt, wann eine Moblie zu einer Immobilie wird? Es sind nun fast fünf Jahre, während denen die mobilen Container dort immobil herumstehen.

GR Stefan Löw: Mir ist nicht bekannt, dass so etwas verjähren kann. Es ist etwas Mobiles und hat keine Berechtigung für einen definitiven Standort. Wie schon erwähnt und GP Stephan Burgunder auch schon gesagt hat, müsste es mittels eines eingereichten Baugesuches zu etwas Definitivem werden. Im Zusammenhang mit der Diskussion der Firma Häring werden wir auch dies anschauen.

Die Fragen sind beantwortet.

Geschäfte Nrn. 3207, 3132, 3148, 3151, 3199, 3200, 3203, 3205 und 3206 nicht behandelt.

Stephan Ebert: Ein politisch reichhaltiges Kalenderjahr liegt hinter uns. Ein Jahr, das gezeigt hat, wie wichtig ein aktives politisches Leben für die Gemeinde ist. Vorwärtsgang soll nicht nur bei jedem Einzelnen dem Sinn des Lebens entsprechen, es gilt auch für die Gesellschaft. Stehenbleiben bedeutet auch immer einen Rückschritt. Aufbauend auf der Vergangenheit, sich Besinnen auf die Werte der vorhergehenden Generationen und das Beibehalten von Bewährtem reichen nicht aus, wenn es nicht hinterfragt wird. Was vor 100 Jahren Gültigkeit hatte, muss nicht zwangsläufig für die nächsten 100 Jahre gelten. Aktive Politik zu betreiben bedeutet, aktiv die Gegenwart und Zukunft zu gestalten. Wir leben in unserem Parlament diesen Gedanken und wir werden nicht aufhören, diesen Weg zu beschreiten. Stehenbleiben bedeutet Rückschritt. Ich wünsche Ihnen, dass auch Sie nicht stehen bleiben, dass Sie weiterhin guten Mutes und voller Tatendrang ihr Leben gestalten können, wie sie es für sich und ihre Familie wünschen. Mögen ihre Wünsche erfüllt werden, dazu viel Glück und vor allem gute Gesundheit und viel Lebensfreude. Allseits eine schöne Weihnachtszeit und ein gutes neues Jahr. Mit diesen Worten beschliesse ich die 486. Einwohnerratsitzung und lade alle herzlich zum Nachtessen ein, das von Evelyne Hefti und Ulrike Schmid vorbereitet wurde. Herzlichen Dank dafür.

Die Sitzung wird um 21:45 Uhr beendet.

Pratteln, 16. Januar 2020

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident Das Einwohnerratssekretariat

Stephan Ebert Joachim Maass